

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2018

Der familienpolitischen Sprecherin der AfD Hildegard Hübner zufolge spricht es für das mangelnde Demokratieverständnis der Grünen, dass gerade im Fall der Mahnwachen von Christen vor der Pro Familia-Beratungsstelle ein Mindestabstand von 150 Metern eingehalten werden soll. „Auch Christen steht es zu, für ihren Glauben und gegen die Tötung menschlichen Lebens zu demonstrieren“, sagte Hübner. „Auch für Christen gilt die Religionsfreiheit!“ Diese Christen belästigten in keiner Weise die Frauen, welche die Beratungsstelle aufsuchen wollten. Sie hinderten sie nicht am Zutritt, sie beschimpften sie nicht, wüfen nicht mit Gegenständen. Sie stünden dort und beteten, um die Frauen zum Nachdenken anzuregen. Damit sie vielleicht doch noch von einer Abtreibung Abstand nähmen. Das ist ihr gutes Recht! Stadtrat Markus Frank habe bereits darauf hingewiesen, dass sowohl die Polizei als auch das Ordnungsamt keine Verletzung des Demonstrationsrechts erkennen könnten. „Ich bezweifle mittlerweile auch das Demokratieverständnis der FDP, die ansonsten immer gerne das Banner der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit vor sich herträgt. Aber in diesem Fall Einschränkungen fordert!“, fuhr die AfD-Stadtverordnete fort. „Wenn es ihnen von der FDP so sehr um die Abwägung der verschiedenen Rechtsgüter geht, warum fordern sie dann nicht, dass dieser Mindestabstand auch vor Hallen und Wahlständen, in denen die AfD Wahlkämpfe veranstaltet, eingehalten wird? Hier könnte man ja analog Ihres Antrags N 529 mit gutem Recht fordern, die Demonstration gegen die AfD an einen anderen Ort zu verlegen!“, erklärt Hübner. Die FDP führe hier sehr schön aus, dass ‚der Anspruch auf Demonstrationsfreiheit nicht das Recht beinhaltet, dieses unmittelbar, in bedrängender Form vor dem jeweiligen Anwesen durchzuführen‘. „Im Unterschied zu der bedrängenden Form, die der AfD entgegenschlägt, - was von Ihnen stillschweigend gebilligt wird-, verhalten sich die Christen vor der Beratungsstelle geradezu defensiv!“, merkte die familienpolitische AfD-Sprecherin an.

Bei der Abstimmung über den Integrierten Schulentwicklungsplan hat sich die AfD im Römer enthalten. In der Diskussion um den künftigen Fahrplan der Stadt Frankfurt in Sachen Reduzierung der Stickstoffdioxidimmissionen (NO₂) in Reaktion auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden verwies der AfD-Stadtverordnete Reinhard Stammwitz auf den in weiser Voraussicht von der AfD bereits am 14.10.2016 gestellten Antrag NR 133. In diesem wurde der Magistrat aufgefordert, ein ganzheitliches Konzept zur Einhaltung der NO₂ Grenzwerte vorzulegen, bei dem ‚sämtliche potentiellen Emissionsquellen angemessen berücksichtigt werden‘. „Wie üblich wurde der AfD-Antrag aus Prinzip abgelehnt! Welch eine Ignoranz!“, sagte Stammwitz. Er forderte, jetzt sämtliche Handlungsoptionen zur Luftverbesserung mit mehr Nachdruck auszunutzen - auch in Kooperation mit der Landesregierung. Als Beispiele nannte er eine kluge Steuerung des Verkehrsflusses. Und statt den Flugverkehr auszuweiten, sollten Stadt und Land auf einen raumverträglichen Flughafen setzen.

Grundsätzlich bekräftigte Stammwitz, dass die AfD an der Seite der Dieselfahrer stehe, die von grüner Ideologiepolitik bedroht seien. „Die AfD steht hinter der Dieseltechnologie. Den technologischen Spitzenplatz Deutschlands gilt es zu erhalten und auszubauen“, so der AfD-Stadtverordnete. „Dieselmotoren sind sparsam im Verbrauch und haben einen hohen Wirkungsgrad. Das Potential den NO₂ Ausstoß signifikant zu reduzieren ist vorhanden. Bereits bei der Abgasnorm Euro 6d wird sich dies darstellen“, zeigte sich Stammwitz zuversichtlich.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **08. November 2018**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de

Tel.: 069 - 212 46 222

Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM:

AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)

Alternative
für
Deutschland